

Der Dank an Brüning

Ein Schreiben des Reichspräsidenten

Berlin, 2. Juni. Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Dr. Brüning das nachstehende Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!
Ihrem Antrage um Entbindung von Ihren Aemtern als Reichskanzler und als Reichsminister des Auswärtigen habe ich mit anliegendem Erlasse entsprochen. Ich empfinde es schmerzlich, mich von Ihnen trennen zu müssen, nachdem ich während der zwei Jahre unserer Zusammenarbeit so vielfach Gelegenheit hatte, Ihren lauterer Charakter, Ihre umfassenden Kenntnisse und Ihre selbstlose Hingabe an die übernommene Pflicht kennen und hochschätzen zu lernen. Für alles, was Sie in diesem an schweren Erschütterungen und wichtigen Entscheidungen so reichen beiden Jahren im Dienste des Vaterlandes getan haben, spreche ich Ihnen namens des Reiches wie im eigenen Namen meinen herzlichsten Dank aus. Die Zusammenarbeit mit Ihnen werde ich nie vergessen und Ihrer Person stets mit größter Hochachtung gedenken.

Mit meinen besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und mit freundlichen Grüßen verbleibe ich stets Ihr ergebener
(ges.) von Hindenburg.

Auch den übrigen aus dem Amte scheidenden Mitgliedern der Reichsregierung hat der Reichspräsident anlässlich der Ueberführung der Entlassungsurkunden in herzlichen Schreiben seinen Dank für ihre in schwerer Zeit dem Vaterland geleisteten Dienste ausgesprochen.

Dr. Luther beim Reichskanzler

Die Sicherung der Währung

Berlin, 2. Juni. Der Reichskanzler empfing heute nachmittag den Reichsbankpräsidenten zu einer eingehenden Aussprache. Dabei wurden sämtliche Probleme behandelt, die für die der Reichsbank obliegenden Ausgaben von Bedeutung sind. Es ergab sich völlige Uebereinstimmung insbesondere darüber, daß keinerlei Währungsexperimente und überhaupt aus dem Währungs- und Kreditgebiete keine (?) Maßnahmen in Frage kommen, aus welchen sich eine Gefahr für den Bestand der Währung ergeben könnten.

NSDAP. und Kabinettsbildung

München, 2. Juni. Die Nationalsozialistische Parteiforesprengung teilt mit: Allen bisherigen Meldungen über den Inhalt der Unterredung unseres Führers Hitler mit dem Herrn Reichspräsidenten, die angeblich von nationalsozialistischer Seite kommen sollen, steht die NSDAP. fern. Ihre grundsätzliche Auffassung über die Lage nach dem Sturz des Kabinetts Brüning ist bekannt und in der Nationalsozialistischen Parteiforesprengung dahingehend zum Ausdruck gebracht worden, daß ein Kabinett des besonderen Vertrauens vorerst die Aufgabe zu lösen habe, den Reichstag nach Hause zu schicken, Neuwahlen auszusprechen, die Organisations-, Propaganda- und Demonstrationsfreiheit für die bisher so maßlos unterdrückte nationalsozialistische Bewegung wiederherzustellen und durch den Appell an die Nation Uebereinstimmung zu schaffen zwischen dem Willen des Volkes und seiner parlamentarischen Vertretung. Die Lösung einer solchen ebenso notwendigen wie staatspolitisch bedeutsamen Aufgabe als Voraussetzung einer grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Neugestaltung würde durchaus auf der Linie der großen Zielsetzung liegen, die die nationalsozialistische Freiheitsbewegung dem deutschen Volke gegeben hat, und die sie auf dem schnellsten Wege durchzuführen entschlossen ist. Die Verwirklichung der Stellungnahme der Partei zum neuen Kabinett und seinen Maßnahmen wird zur gegebenen Zeit erfolgen.

Reichskanzler von Papen an das Zentrum

Berlin, 2. Juni. Reichskanzler von Papen hat an den Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, folgenden Brief gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Prälat! In einer der schicksalvollsten Stunden deutscher Geschichte hat mich der Herr Reichspräsident berufen, die neue Regierung zu bilden. Die seelische und materielle Lage des deutschen Volkes verlangt gebieterisch die Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte — aus welchem Lager auch immer sie kommen mögen. Nicht als Parteimann, sondern als Deutscher bin ich — gewiß nicht leichten Herzens — dem Rufe des Mannes gefolgt, dem die Nation soeben einen überwältigenden Beweis ihres Vertrauens erteilt hat und dessen wahrhaft historische Persönlichkeit auch in den schwersten Stunden deutscher Geschichte nie etwas anderes erstrebte als die Zusammenfassung aller dieser Kräfte zum Wohle des Landes.

Ein solcher Schritt kann nicht in Widerspruch stehen zu der unermüdblichen, blutvollen und sachlichen Arbeit des Kanzlers Dr. Brüning, deren Wärdigung einer anderen Gelegenheit vorbehalten bleibt.

Auch die Deutsche Zentrumspartei und der in ihr politisch organisierte Katholizismus werden sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß das neue Deutschland nur auf der Grundlage der Kräfte aufgebaut werden kann, die die geistige Wende unserer Tage zur Öffnung der jungen Generation gemacht hat.

Wenn mich infolge der Erklärung der Deutschen Zentrumspartei der Weg heute leider von Ihnen trennt, so lebe ich in der Hoffnung, daß nicht nur die sachliche Arbeit, die das Land heute von uns fordert, und bald wieder vereinigen wird. Mehr noch ist es die unerschütterliche Ueberzeugung, daß die Voraussetzung jeder Wiedergewinnung der Nation die rücksichtslose Weltendmachung der unüberänderlichen Grundsätze unserer christlichen Weltanschauung sein muß.

Ich bleibe sehr verehrter Herr Prälat, in aufrichtiger Verehrung Ihre ergebener
(ges.) von Papen.“

Internationale Wirtschaftspolitik

Während die internationalen Konferenzen einander in ununterbrochener Folge ablösen, wachsen um alle Länder die Zollmauern in einem Maße, daß der internationale Warenaustausch auf ein Minimum eingekrumpft ist.

Ein Vorschlag zur Verkürzung: An Tagen mit geradem Datum wird über Wirtschaftsfrieden diskutiert, an ungeraden werden die Zollmauern erhöht.



Die Haltung des Christlich-Sozialen Volksdienstes

Berlin, 2. Juni. Die Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes trat am Donnerstag im Reichstag zur Beratung der politischen Lage zusammen und nahm, wie das Nachrichtenbüro des V.D.Z. hört, nach mehrstündiger Aussprache in folgender Entschliessung zur Lage Stellung: Die gegenwärtige Krise ist durch Kräfte herbeigeführt worden, in deren Spiel die Öffentlichkeit noch keinen vollen Einblick hat. Der Volksdienst lehnt jede Mitverantwortung für die gefährlichen Folgen ab, die sich hieraus in außen- und innenpolitischer Beziehung wahrscheinlich ergeben werden. Der Volksdienst hält die Herstellung einer klaren verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für die weitere politische Entwicklung für unerlässlich. Diese Forderung kann nur durch formale Eingliederung der Nationalsozialisten in die Verantwortung erfüllt werden. Der Volksdienst wird aber selbstverständlich auch diese Regierung nicht von vornherein an ihrer Arbeit zu hindern suchen, wenn auch ihre Bezeichnung als Regierung der nationalen Konzentration sachlich unbegründet ist. Der Volksdienst wird sich weiterhin nach den Taten der Regierung richten und auch hier die Sachfragen der vaterländischen Politik maßgebend sein lassen. Hierbei handelt es sich für ihn in erster Linie außenpolitisch um die zielbewusste Fortsetzung der von dem bisherigen Kanzler eingeleiteten und methodisch geföhrten Befreiungspolitik, innenpolitisch um die Abwehr der Entwertung des Arbeitnehmers (Angriffe auf die soziale Gesetzgebung und auf die Unabhängigkeit der Berufsorganisationen), um Ueberwindung der Arbeitslosigkeit durch großzügige Bauernförderung, vor allem im Osten, und durch Arbeitsdienst, um Schutz der Währung gegen alle leichtfertigen Manipulationen, um eine unparteiische Handhabung der Staatsgewalt und um eine eigene, positive, christlich bestimmte Kulturpolitik.

Schärfste Opposition der Staatspartei

Berlin, 2. Juni. Der geschäftsföhrnde Vorstand und die Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei haben eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: Die Deutsche Staatspartei lehnt mit aller Bestimmtheit das Kabinett von Papen ab, das gegen den Geist der Verfassung gebildet und ohne Rücksicht auf außenpolitische, innenpolitische und wirtschaftliche Gefahren lediglich dazu bestimmt ist, die Welsungen der rechtsradikalen Parteien auszuführen, ohne daß diese selbst an der Verantwortung formell beteiligt sein wollen.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks zur Kabinettsbildung

Berlin, 2. Juni. Wie der Reichsverband des deutschen Handwerks mitteilt, hat er gestern telegraphisch den Herrn Reichspräsidenten erlucht, in das neu zu bildende Kabinett auch Vertreter des gewerblichen Mittelstandes an entscheidender Stelle aufzunehmen.

Berliner Blätterstimmen über das neue Kabinett

Berlin, 3. Juni. Die Zusammensetzung der neuen Regierung und ihre nächsten Aufgaben werden in einer Reihe von Meinungen je nach der verschiedenen Parteistellung lebhaft besprochen. — Der „Vorwärts“ nimmt Bezug auf die gestrige Verleumdung der neuen Minister und meint, man werde vielleicht noch hier Gelegenheit haben, auf diesen Eid auf die Verfassung zurückzukommen. Das Blatt erörtert die verfassungsmäßige Stellung des neuen Kabinetts in Beziehung zu dem Reichstag und nennt dabei den Artikel 48, der seine Handhabe bietet, einer sachlich scharfen Opposition den Mund zu verbinden und nach dem jede Notverordnung auf Verlangen des Reichstages außer Kraft gesetzt werden kann, sowie den Artikel 64, demzufolge Kanzler und Minister zu ihrer Amtsföhrung das Vertrauen des Reichstages bedürfen und zurücktreten müßten, wenn ihnen durch ausdrücklichen Beschluß des Reichstages das Vertrauen entzogen werde. Zu den Andeutungen, die Regierung beabsichtige den Reichstag, ohne ihn einzuberufen, abzulösen, sagt das Blatt, ein solches Verfahren wäre mit der Verfassung nicht vereinbar, der Reichstag habe ein Recht, die Erklärung der Regierung zu hören, sich über sie zu äußern und die Debatte mit einer Abstimmung abzuschließen.

Die „D.N.S.“ wendet sich sehr scharf gegen die Votemiten gegen die Persönlichkeiten des neuen Kabinetts. Der Kanzler habe in seinem Kabinett hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vereinigt. Man könne es nur mit einem Acheln quittieren, daß in gewissen Teilen der Öffentlichkeit daran Anstoß genommen werde, wenn dem Kabinett zu viele Dilettanten angehören. Schließlich habe der preussische und deutsche Adel in der Geschichte eine gewaltige Rolle gespielt. Er habe Deutschland beherrscht, aber auch dafür auf Schlachtfeldern ohne Zahl gebüht und in hinfälligem Dienst gedarrt. Es gehe nicht an, von vornherein den Stab über die Männer zu brechen, die in schwerster Not des



Die neuen Chefs der Reichskanzlei und Reichspressstelle
Oberregierungsrat
Wand,
Sohn des großen
Physikers, der neue Staatssekretär der Reichskanzlei.
Ministerialdirigent
Dr. von Kaufmann,
der neue Leiter der Reichspressstelle.

Waterlandes inmitten zerrütteter wirtschaftlicher und finanzieller Verhältnisse die Hand an das Steuerrad legten.

Der „Lokalanzeiger“ beschäftigt sich im wesentlichen mit der Einstellung der Deutschnationalen zu dem neuen Kabinett. Das Kabinett Papen sei noch viel mehr als das Kabinett Brüning ein „Präsidentenkabinett“, ein ganz auf das persönliche Eingreifen Hindenburgs zurückgehender Versuch, die durch Brünings Young-Plan- und Notverordnungspolitik aufgeschüttelten außenpolitischen Schwierigkeiten und innenpolitischen Gefahren zu meistern. Es sei anzunehmen, daß die Deutschnationalen diesem Kabinett, das sie nicht berufen hätten, wenigstens soviel Chancen geben würden, als sie jederzeit dem Kabinett Brüning zugestanden hätten.

Kein Reichskommissar für Preußen

Berlin, 2. Juni. Im Zusammenhang mit der Neubildung der Reichsregierung ist die Vermutung aufgetaucht, daß der neue Reichsinnenminister Freiherr von Gopl zugleich zum Reichskommissar für Preußen ernannt werde. Hierzu hört das Nachrichtenbüro des V.D.Z. an gut unterrichteter preussischer Stelle, daß zur Zeit die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Voraussetzungen für die Bestellung eines Reichskommissars für Preußen vollkommen fehlten. Zunächst müßte geklärt werden, ob das preussische Parlament nicht einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen imstande sei. Vor allem müßten Ruhe, Sicherheit und Ordnung hergestellt, sowie die Finanzlage präzisiert sein, ehe an die Möglichkeit der Ernennung eines Reichskommissars zu denken wäre. Alle diese Voraussetzungen seien für Preußen noch nicht gegeben, zumal in Preußen jetzt noch eine Regierung arbeite, die bereits 13 Jahre lang die Staatsgeschäfte im größten deutschen Einheitsstaat geführt habe. Staatsrechtlich ungeklärt sei noch, ob eine Landtagsmehrheit imstande wäre, die Stellung eines Reichskommissars zu verlangen. Aber ob eine solche Mehrheit im Falle der konstitutionellen Bejahung dieser Möglichkeit überhaupt zustande komme, müsse als zweifelhaft bezeichnet werden.

Erleichterter Waffenwerb

Berlin, 2. Juni. Der Reichsrat stimmte am Donnerstagabend einer Aenderung der Ausführungsverordnung zum Schußwaffengesetz zu, durch die der Erwerb von Schußwaffen im Interesse des Waffenhandels erleichtert wird. Ohne Waffenwerbsschein sollen danach solche Waffen gekauft werden können, die erfahrungsgemäß bei Verbrechen und gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen keine Rolle spielen, z. B. hochwertige Jagdgewehre, schwere umhängbare Scheibenschützen und Luftschußwaffen von mindestens 1 Meter Länge.

Annahme fand auch eine Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum Branntweinmonopolesetz.

Weltwirtschaftskonferenz noch nicht ganz spruchreif

London, 2. Juni. „Times“ zufolge hatte Sir John Simon erste Besprechungen mit dem französischen und italienischen Botschafter; er erörterte mit ihnen die Möglichkeit der Abhaltung einer Weltwirtschaftskonferenz und versicherte ihnen, daß die Dinge noch nicht so weit gediehen seien, wie eine am Dienstag in Washington veröffentlichte Mitteilung anzudeuten schien. Auf dem transatlantischen Telephon sei die Möglichkeit einer Teilnahme Amerikas an einer solchen Konferenz besprochen worden, aber formelle Einladungen seien nicht ergangen, und die Aenderung solcher Einladungen werde auch schwierig erfolgen, bevor feststehe, ob alle Großmächte eine solche Konferenz für wünschenswert halten. Zuerst sei es notwendig gewesen, die Ansicht der Vereinigten Staaten festzustellen, aber es werde keine Einladung ergehen, bevor man mit den anderen Mächten Föhrung genommen habe.